

Wie schlimm wird's?



Arbeitsmarkt. Ein Jahr Corona-Pandemie hinterlässt auf dem deutschen Arbeitsmarkt deutliche Spuren. Zwar ist die Arbeitslosigkeit nur moderat gestiegen, die Zahl der Erwerbstätigen aber ist um 740.000 gesunken. Warum die kommenden Monate vor allem für Langzeitarbeitslose schwierig werden und wie es um den Ausbildungsmarkt steht, erklären der IW-Arbeitsmarktexperte Holger Schäfer sowie Dirk Werner, Leiter des Kompetenzfelds berufliche Qualifizierung und Fachkräfte im IW, im iwd-Interview. —> [Seiten 2-7](#)

Direktinvestitionen

Anders als befürchtet, wurden im Zuge der Corona-Krise nicht mehr, sondern sogar weniger deutsche Unternehmen von chinesischen Investoren übernommen.

—> [Seite 9](#)

Daten

Blockchain-Anwendungen sind eine Zukunftstechnologie, die keineswegs auf Kryptowährungen beschränkt ist. Die Zahl der deutschen Blockchain-Firmen steigt.

—> [Seiten 10-11](#)

Im Sog der zweiten Welle?

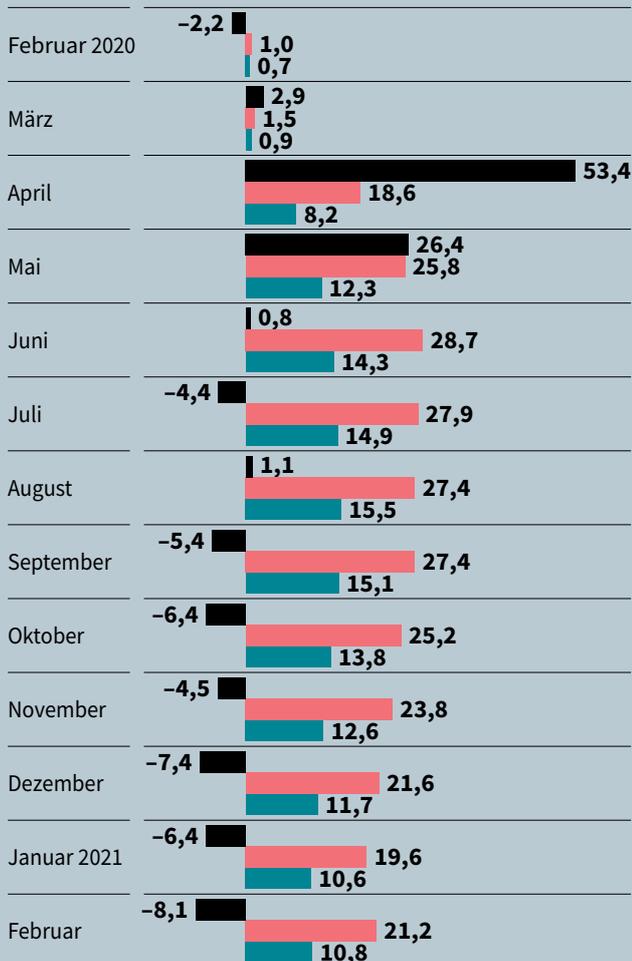
Arbeitsmarkt. Der Lockdown und die damit einhergehenden Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten machen dem deutschen Arbeitsmarkt immer mehr zu schaffen. Zwar gibt es bislang nur relativ wenige Entlassungen, dafür geht aber die Zahl der Neueinstellungen spürbar zurück.



Deutschland: Arbeitslosigkeit in Corona-Zeiten

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent

- Zugänge in Arbeitslosigkeit aus regulärer Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt
- Arbeitslose insgesamt
- Unterbeschäftigte



Unterbeschäftigte: Arbeitslose einschließlich Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Älteren und Krankgemeldeten, aber ohne geförderte Existenzgründer und Kurzarbeiter
Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Als die Bundesagentur für Arbeit (BA) Anfang März ihre neuen Zahlen veröffentlichte, zeigte sich die Behörde professionell optimistisch. Im Februar gab es zwar über eine halbe Million Arbeitslose mehr als im Februar 2020, doch der deutsche Arbeitsmarkt, so die BA, zeige sich bislang sehr widerstandsfähig. Mit anderen Worten: Es hätte alles auch viel schlimmer kommen können.

Gemessen daran, dass sich viele Branchen nun schon seit einem Jahr – die einen mehr, die anderen weniger – im Lockdown befinden, ist die aktuelle Lage tatsächlich besser als befürchtet, allerdings geben einzelne Kennziffern durchaus Anlass zur Sorge.

Arbeitslosigkeit. Nach wie vor kommt es bisher selten zu Entlassungen – auch wenn es zwischenzeitlich einen spürbaren Anstieg gegeben hat (Grafik):

Im April 2020 stiegen die Neuzugänge in Arbeitslosigkeit aus regulärer Beschäftigung um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat, im Mai noch einmal um rund 26 Prozent – seitdem liegen die Werte fast durchgängig unter dem Vorjahresniveau.

Bei den Arbeitslosenzahlen insgesamt war der Anstieg mit bis zu rund 29 Prozent gegenüber den Vorjahresmonaten ebenfalls im Frühjahr und Sommer 2020 am höchsten. Damit sind die Fortschritte der vergangenen fünf Jahre verloren gegangen. Im Januar dieses Jahres wurde die 20-Prozent-Marke dann zwar unterschritten. Da schon einen Monat später aber wieder ein Plus von mehr als 21 Prozent zu Buche stand, kann dies als erster Effekt des zweiten Lockdowns gewertet werden. Besonders hart getroffen hat es die Langzeitarbeitslosen (siehe Seite 6).

Nach Qualifikation geordnet zeigt sich ein Bild, das nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre:

Spezialisten hatten mit gut 40 Prozent von Januar 2020 bis Januar 2021 den größten Zuwachs an Arbeitslosen, auch die noch höher qualifizierten Experten lagen mit rund 27 Prozent über den Werten von Fachkräften (15 Prozent) und Helfern (20 Prozent).

Der zunächst kräftige Aufbau der Kurzarbeit – von Februar bis April 2020 stieg die Zahl von 134.000 auf fast sechs Millionen – ist dagegen rasch wieder abgeflacht. Der einsetzende Abbau kam dann wiederum im November zum Stillstand und für die Folgemonate ist erneut ein Anstieg der Kurzarbeit zu erwarten.

Fasst man die Arbeitsmarktzahlen seit Ausbruch der Corona-Pandemie zusammen, ergibt sich das Ausmaß an Unterbeschäftigung. Zu dieser Gruppe zählen im Wesentlichen alle Arbeitslosen einschließlich der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie Krankgemeldete, nicht aber geförderte Existenzgründer und Kurzarbeiter. Das Ergebnis: Lag die Zahl der Unterbeschäftigten im Februar 2020 nur um 0,7 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats, vergrößerte sich die Spreizung anschließend deutlich – im August betrug der Zuwachs im Jahresvergleich 15,5 Prozent. Anschließend sank er bis Februar 2021 auf knapp 11 Prozent.

Beschäftigung. 2019 zählte Deutschland erstmals mehr als 45 Millionen Erwerbstätige – dann kam Corona (Grafik):

Im Januar 2021 gab es fast 740.000 Erwerbstätige weniger als im Januar 2020.

Auch hinter dieser Zahl stecken ganz verschiedene Entwicklungen. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dank der Kurzarbeit relativ stabil geblieben: Im Dezember 2020 gab es rund 52.000 weniger als im Dezember des Vorjahres. Vor allem viele geringfügig Beschäftigte haben dagegen ihre Arbeit verloren. Die Zahl derer, die ausschließlich Minijobs haben, lag im Dezember 2020 um 370.000 unter der des Vorjahresmonats – das war ein Minus von fast 9 Prozent.

Zwar sah es zwischenzeitlich – etwa ab den Sommermonaten – so aus, als könnten die Minijobber etwas aufatmen, doch die erneuten Schließungen in der Gastronomie und im Einzelhandel haben diese Hoffnung schnell wieder zunichtegemacht.

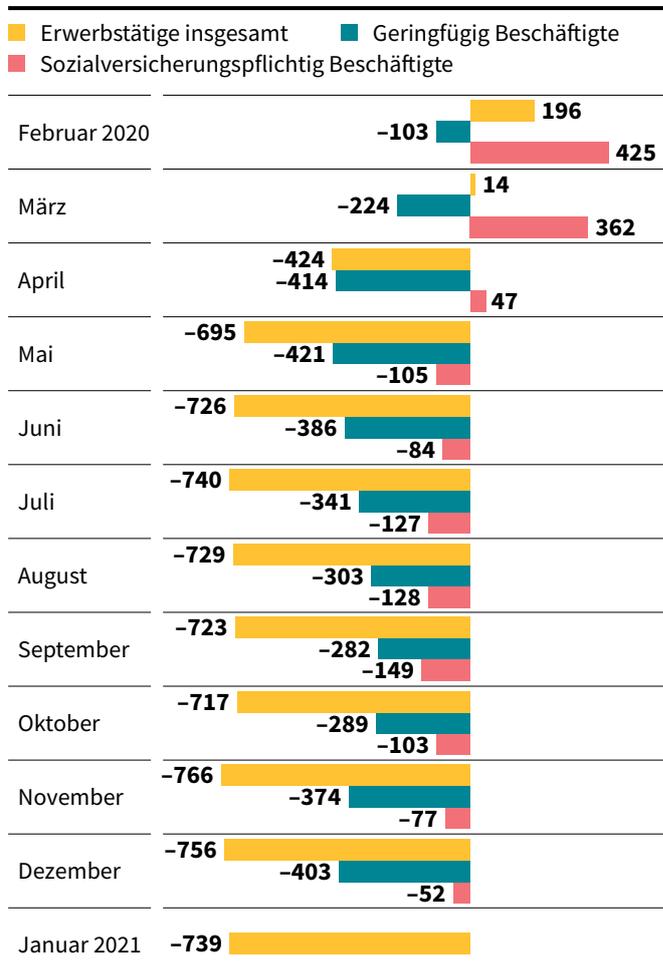
Auch Selbstständige geraten zunehmend unter Druck. Seit Mai 2020 mussten jeden Monat mehr Selbstständige sogenannte ergänzende Leistungen der Grundsicherung beantragen – im September, also noch vor dem zweiten Lockdown, waren 12 Prozent mehr Selbstständige darauf angewiesen als ein Jahr zuvor.

Noch unklar ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Insolvenzen, denn die Aussetzung der Antragspflicht ist bis Ende April dieses Jahres verlängert worden.

Das größte Problem für den deutschen Arbeitsmarkt ist derzeit, dass die Unternehmen kaum noch Arbeitskräfte suchen. Seit Februar 2020 liegt die Zahl der gemeldeten offenen Stellen durchgängig unter dem jeweiligen Wert des Vorjahresmonats. So wurden im zweiten Quartal 2020 nur 1,8 Millionen neue Stellen besetzt – rund 700.000 weniger

**Deutschland:
Pandemie lässt Erwerbstätigkeit sinken**

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in 1.000



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt
© 2021 IW Medien / iwd



als im Vorjahresquartal. In die gleiche Kerbe schlägt das Problem, dass zunehmend mehr Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten nach ihrem Abschluss keine Arbeit finden (siehe Seite 7).

Die Corona-Pandemie kostet die Bundesbürger nicht nur viel Nerven, sondern auch Geld. Zwar federt das Kurzarbeitergeld die Einkommensverluste für viele Beschäftigte ab, dennoch zeigen Daten des Statistischen Bundesamts, dass die Arbeitnehmerverdienste erstmals seit Beginn der Zeitreihe und anders als in der Finanzkrise 2008/2009 sinken: Im dritten Quartal 2020 lagen die Reallöhne um 1,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresquartals.

IW-Kurzbericht 7/2021

Hans-Peter Klös, Holger Schäfer: Der deutsche Arbeitsmarkt in der zweiten Welle der Pandemie
iwkoeln.de/arbeitsmarkt

Interview. Bislang hält sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen. Aber wird das auch so bleiben? Oder wächst da gerade eine Generation Corona heran? Antworten darauf geben IW-Arbeitsmarktexperte **Holger Schäfer** sowie **Dirk Werner**, Leiter des Kompetenzfelds berufliche Qualifizierung und Fachkräfte am IW.



„Die Corona-Langzeitarbeitslosen kommen erst noch“

Steht Deutschland vor einer Jobkrise?

Schäfer: Nein, wir beobachten zwar starke Beeinträchtigungen des Arbeitsmarktes durch die Corona-Krise wie erhöhte Arbeitslosigkeit, doch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich kaum verringert. Es gibt zwar Signale, die anzeigen, dass die Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht schnell vorübergehen wird – etwa der recht deutliche Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit. Doch wir sind noch weit von einer Situation entfernt, wie wir sie vor den Agenda-Reformen hatten. Bei der Arbeitslosigkeit haben wir zwar die Fortschritte der vergangenen fünf Jahre verloren, wir sind also wieder auf dem Stand des Jahres 2016, aber wir sind noch lange nicht beim Stand von 2004.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland ist seit Januar 2020 um fast 740.000 zurückgegangen. Erwartungsgemäß haben das Gastgewerbe und der Handel am meisten unter dem Beschäftigungsabbau gelitten. Im Verarbeitenden Gewerbe hat es die Metall- und Elektro-Industrie am stärksten getroffen – warum?

Schäfer: Die M+E-Industrie war von den Auswirkungen des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 sehr stark betroffen: Viele Lieferketten brachen zusammen und Fabriken wurden teilweise stillgelegt, weil Vorprodukte fehlten oder die Mitarbeiter nicht zur Arbeit kommen konnten. Die Jobs, die in dieser Zeit wegfielen, blieben erst mal weg. Denn selbst nach der graduellen Erholung, die auf den Lockdown folgte, zögerten die Unternehmen

aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Situation sehr, wieder Personal einzustellen.

Eine Branche, die sich anscheinend gerade wieder etwas erholt, ist die Zeitarbeit – der Arbeitskräftebedarf bei einigen Unternehmen ist also da.

Überraschenderweise haben in der Pandemie Spezialisten und Experten, also Hochqualifizierte, häufiger ihren Job verloren als Fachkräfte und Helfer. Wie kann das sein?

Schäfer: Für eine abschließende Antwort ist es noch zu früh. Dieser Befund ist auf jeden Fall untypisch, denn bei einer konjunkturellen Krise fallen üblicherweise als Erstes die Helferjobs weg, weil die nun mal am ehesten verzichtbar sind.

Werner: Auch Hochschulabsolventen tun sich derzeit schwer, einen



Fotos: IW Medien

Job zu finden. Baden-Württemberg beispielsweise hat für Ingenieure, die gerade ihren Bachelor oder Master absolviert haben, ein Brückenprogramm aufgelegt, um sie weiterzuqualifizieren und auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Möglicherweise haben die aktuellen Jahrgänge Probleme, unmittelbar nach der Ausbildung oder dem Studium in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Schäfer: Ja, das ist ein guter Punkt. Denn ein großer Anteil des Anstiegs der Arbeitslosigkeit rührt ja nicht daher, dass viele Menschen entlassen worden sind, sondern dass weniger eingestellt wird.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland ist zuletzt auf gut eine Million gestiegen. Wie schätzen Sie den Trend für den weiteren Jahresverlauf ein?

Schäfer: Die Langzeitarbeitslosigkeit wird weiter steigen, denn die, die jetzt neu dazugekommen sind, das sind noch nicht die Corona-Arbeitslosen. Die kommen frühestens im April oder Mai dazu, denn langzeitarbeitslos ist man ja erst dann, wenn man ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung ist.

Für wen ist das Risiko, über längere Zeit keinen Job zu finden, derzeit besonders hoch?

Schäfer: Generell gilt: Je geringer jemand qualifiziert ist, desto höher das Risiko, arbeitslos zu werden und auch zu bleiben.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit dem Ausbruch der Pandemie nur wenig gestiegen – kommt das dicke Ende noch, weil viele junge Leute die Krise an Universitäten oder weiterbildenden Schulen aussitzen?

Werner: Das ist sicher ein starker Effekt, dass viele junge Leute erst mal in der Schule bleiben, indem sie nach ihrem Schulabschluss ein oder zwei Jahre an einer beruflichen Schule dranhängen und noch einen Schulabschluss mehr machen oder eine berufliche Grundbildung erwerben. Denn die Berufsorientierung findet ja momentan nur sehr reduziert statt: Es gibt kaum Praktika, und Berufsorientierungsprogramme wie Messen finden, wenn überhaupt, nur virtuell statt.

Einen Run auf die Hochschulen gibt es bislang jedenfalls nicht, denn ein starker Anstieg der Studentenzahlen ist nicht zu sehen.

Und wie sieht es auf dem Ausbildungsmarkt aus?

Werner: Da wird das Matching zunehmend schwieriger, also die Frage, wie finden Ausbildungsplatzanbieter und Bewerber zusammen? Im vergangenen Jahr ist sowohl die Zahl der unversorgten Bewerber als auch die der unbesetzten Ausbildungsplätze weiter gestiegen – und das bei einem Rückgang der Ausbildungsstellen in Branchen, in denen es wirtschaftlich schlecht läuft. Diese Entwicklung verstärkt den Fachkräftemangel und das beobachten wir nicht nur in den coronagebeutelten Branchen wie dem Einzelhandel, der Gastronomie und der Hotellerie, sondern auch in der boomenden

Bauwirtschaft oder in IT-Berufen, die ja eigentlich aufgrund der rasanten Digitalisierung ebenfalls Nachwuchsbedarf haben.

Was kann und sollte die Politik tun, damit Unternehmen in den kommenden Monaten wieder mehr Arbeitsplätze schaffen beziehungsweise freie Stellen besetzen?

Schäfer: Im Moment ist der Zugang in den Arbeitsmarkt erschwert, weil Unternehmen kaum einstellen. Alle Einstellungen zu subventionieren, kostet sehr viel Geld und birgt auch die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Besser wäre es, Einstellungshemmnisse zu beseitigen, ohne viel Geld dafür in die Hand zu nehmen. Man könnte beispielsweise Erleichterungen bei der befristeten Beschäftigung vornehmen – indem man etwa das Vorbeschäftigungsverbot bei der sachgrundlosen Befristung für eine begrenzte Zeit aussetzt.

Was halten Sie von den Ausbildungsprämien, die jetzt weiter ausgedehnt und finanziell aufgestockt werden sollen?

Werner: Das ist eine sinnvolle Hilfe, etwa für Azubis in Insolvenzbetrieben, aber mich hat wenig überrascht, dass das Programm „Ausbildungsplätze sichern“ nicht zum Fliegen kommt. Das Programm ist aus Sicht vieler Unternehmen zu bürokratisch, weil man nachweisen muss, wie viele Kurzarbeiter der Betrieb hat und wie hoch der Umsatzeinbruch war.

Das Hauptproblem im Ausbildungsmarkt ist ohnehin nicht finanzieller Art, sondern, wie gesagt, das Matching. Um das zu lösen, brauchen wir digitale Formate der Berufsorientierung – und das nicht nur vereinzelt, sondern in der Fläche. Es fehlen auch funktionierende Plattformen für den Austausch von Betrieb und Berufsschule, um den Lernaustausch zu verbessern.

Rückkehr in den Job ist schwierig

Langzeitarbeitslose. Die Zahl der Bundesbürger, die seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind, ist seit Beginn der Corona-Krise kräftig gestiegen. Und die Chancen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen, sind vorerst nicht allzu gut.

Die Corona-Pandemie hinterlässt in der deutschen Arbeitslosenstatistik deutliche Spuren. Zwar blieb die Zahl der Entlassungen dank Kurzarbeit und weiterer staatlicher Hilfen für die Unternehmen bislang im Rahmen, dennoch hat sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen seit Beginn der Krise spürbar erhöht (siehe Seiten 2–3).

Besonders ausgeprägt ist dieser Trend bei den Langzeitarbeitslosen, also jenen, die schon seit mehr als zwölf Monaten ohne Beschäftigung sind (Grafik):

Im Februar 2021 gab es in Deutschland gut 1 Million Langzeitarbeitslose – etwa 295.000 oder 41 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Da die Pandemie erst ab März 2020, als der erste Lockdown verhängt wurde, voll auf die deutsche

Wirtschaft durchschlug, sind in den aktuellen Langzeitarbeitslosenzahlen jedoch noch nicht diejenigen enthalten, die seither ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Der bisherige Anstieg ist vielmehr im Wesentlichen auf einen anderen Aspekt der Krise zurückzuführen: Selbst Unternehmen, die nicht unmittelbar vom Lockdown betroffen waren oder sind, haben derzeit wenig finanziellen Spielraum für Neueinstellungen oder fahren nur auf Sicht – mit der Konsequenz, dass freie Stellen derzeit rar sind:

Die Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen lag im Februar dieses Jahres um 18 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

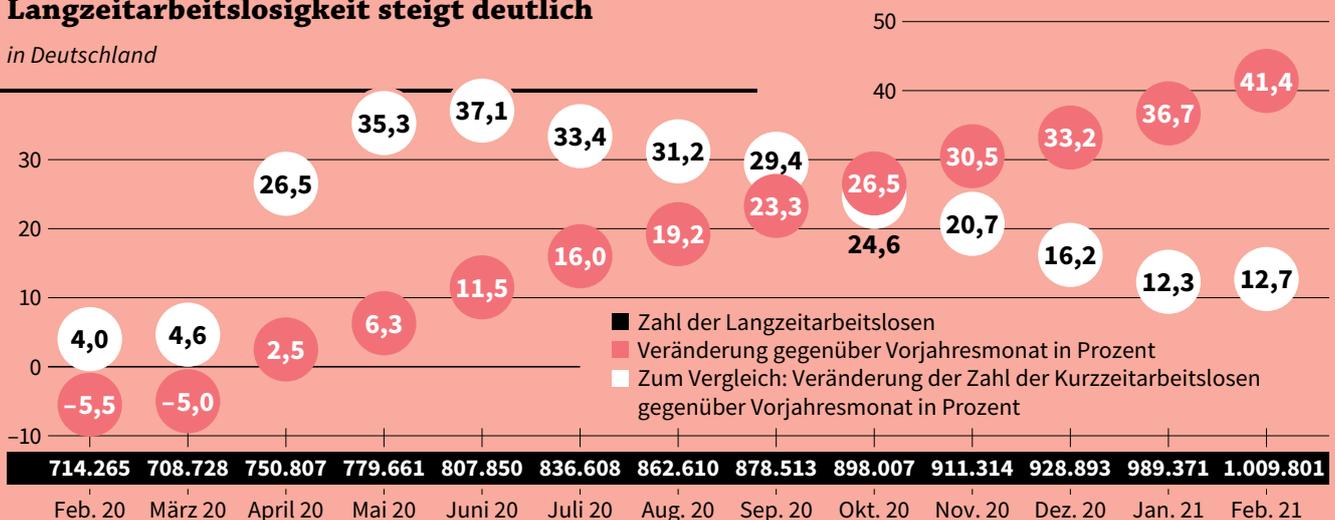
Folglich haben gerade diejenigen, die schon seit Längerem einen Job suchen, in Corona-Zeiten schlechte Karten.

Vor allem für Jüngere hat sich die Situation deutlich verschlechtert. Die Zahl der 25- bis 34-jährigen Langzeitarbeitslosen ist seit Februar 2020 um 55 Prozent gestiegen, bei den 15- bis 24-Jährigen betrug der Zuwachs sogar fast 93 Prozent – wenngleich diese Altersgruppen immer noch viel seltener von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind als die älteren Jahrgänge.

Trotz dieser negativen Entwicklungen ist allerdings festzuhalten, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen mit knapp 35 Prozent noch immer deutlich niedriger ist als in früheren Jahren. 2014 und 2015 beispielsweise betrug der Anteil trotz guter Wirtschaftslage jeweils mehr als 37 Prozent, 2007 waren im Jahresdurchschnitt sogar gut 46 Prozent aller Jobsuchenden seit mehr als einem Jahr arbeitslos.

Langzeitarbeitslosigkeit steigt deutlich

in Deutschland



Langzeitarbeitslose: länger als ein Jahr arbeitslos; Kurzarbeitslose: weniger als ein Jahr arbeitslos

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2021 IW Medien / iwd

Verschieben statt durchstarten

Jugendarbeitslosigkeit. Verglichen mit anderen EU-Staaten fällt der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland moderat aus. Doch möglicherweise tauchen viele junge Leute nur deshalb noch nicht in der Statistik auf, weil sie es angesichts von Corona vorziehen, weiterhin zur Schule zu gehen.

Wer jetzt ins Berufsleben startet oder erst vor Kurzem seinen ersten Arbeitsvertrag unterschrieben hat, macht pandemiebedingt womöglich die Erfahrung, dass Karrierepläne schneller in sich zusammenfallen können als ein Soufflé. Die Auswirkungen des Coronavirus auf den Arbeitsmarkt treffen junge Leute jedenfalls stärker als den Durchschnitt der Beschäftigten:

Im Januar 2020 waren 15 Prozent der 15- bis 25-jährigen Erwerbspersonen in der EU arbeitslos, ein Jahr später sind es knapp 17 Prozent.

Besonders hart trifft die Pandemie junge Menschen auf der Iberischen Halbinsel: Die Jugendarbeitslosenquote in Spanien beträgt fast 40 Prozent (Grafik). Laut spanischer Sozialversicherung verlor während der ersten Corona-Welle im vergangenen Frühjahr mehr als die Hälfte der Spanier unter 35 Jahren ihre Stelle. Auch in Schweden ist derzeit fast jeder vierte Erwerbsfähige zwischen 15 und 24 Jahren ohne Job, wobei dort die

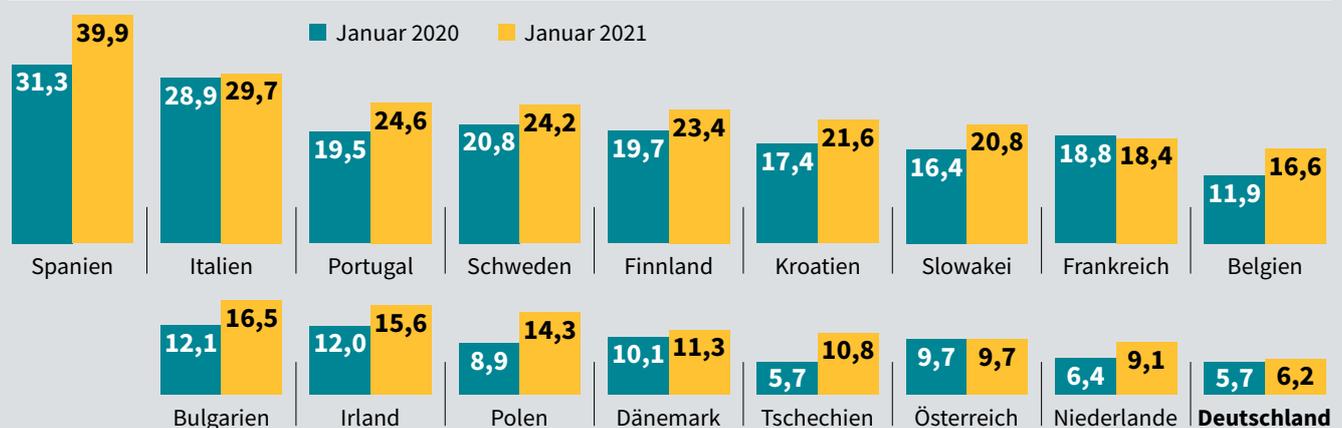
Jugendarbeitslosigkeit auch vor Corona mit knapp 21 Prozent schon außergewöhnlich hoch war.

In Deutschland ist noch nicht ausgemacht, wie hart die Pandemie die Jobaussichten der Jugend langfristig beeinträchtigen wird. Die Arbeitslosenquote jedenfalls nimmt sich vergleichsweise harmlos aus: Momentan sind 6,2 Prozent der jungen Leute erwerbslos gemeldet, das ist nur ein halber Prozentpunkt mehr als vor zwölf Monaten. Den größten Teil der neu hinzugekommenen arbeitslosen Jugendlichen machen Azubis aus, die nicht übernommen worden sind.

Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland in den vergangenen zwölf Monaten nicht weitaus stärker gestiegen ist, hat einerseits mit dem Berufsbildungssystem zu tun, das für eine enge Bindung von Azubis und Betrieben sorgt. Andererseits dürfte die Krise aber auch dazu führen, dass viele junge Leute ihren Berufseinstieg verschieben – indem sie sich etwa an einer Hochschule einschreiben oder weiter zur Schule gehen. Die Universitäten haben allerdings keinen spürbaren Anstieg der Studienanfänger zu verzeichnen, eine Flucht ins Akademische kommt also eher selten vor. Und ob die beruflichen Schulen einen massiven Zulauf erfahren haben, muss sich erst noch zeigen: Die jüngsten Zahlen dazu hatte das Statistische Bundesamt bis Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht.

Jugendarbeitslosigkeit: Fast überall stark gestiegen

So viel Prozent der 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen in der EU waren arbeitslos gemeldet



Länderauswahl; saisonbereinigte Zahlen
Italien, Finnland, Kroatien, Belgien: Dezember 2020 statt Januar 2021

Quelle: Eurostat
© 2021 IW Medien / iwd

Nur globale Lösung ist sinnvoll

Digitalsteuer. Mit Blick auf die großen Tech-Konzerne wird in vielen Ländern eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft diskutiert oder bereits eingeführt. Da aber nicht nur Daten, sondern auch Unternehmensgewinne nahezu grenzenlos mobil sind, sollten sich möglichst viele Staaten auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen.

In der Corona-Pandemie sind digitale Kommunikationstools und Online-Shopping gefragt wie nie. Von dieser Entwicklung profitieren nicht zuletzt die Technologieriesen Google, Apple, Facebook und Amazon. Und sie werden auch meist an erster Stelle genannt, wenn Politiker darüber diskutieren, ob und in welchem Maße Konzerne internationale Besteuerungsunterschiede nutzen, um die Belastung ihrer Gewinne zu minimieren. Die Datenlage zu diesem Themengebiet ist allerdings schwierig.

Ungeachtet dessen steht fest, dass die Steuerbelastung für Unternehmen in den Industrieländern sehr breit gestreut ist (Grafik):

Während Unternehmen in Frankreich im Jahr 2020 auf ihre Gewinne 32 Prozent Steuern zahlen mussten, waren es in Ungarn gerade einmal 9 Prozent.

Deutschland rangiert unter den großen Volkswirtschaften mit insgesamt knapp 30 Prozent Unternehmenssteuern weit oben.

Um mögliche Steuerschlupflöcher für die Tech-Konzerne zu stopfen, haben einige Staaten bereits Digitalsteuern eingeführt:

Frankreich zum Beispiel kassiert 3 Prozent des Online-Werbeumsatzes von allen Digitalkonzernen, die weltweit jährlich mehr als 750 Millionen Euro und in Frankreich mindestens 25 Millionen Euro umsetzen.

Österreich hat eine erhöhte Werbeabgabe von 5 Prozent auf Online-Anzeigen eingeführt, was einer Digitalsteuer gleichkommt; Belgien plant eine ähnliche Werbeabgabe in Höhe von 3 Prozent.

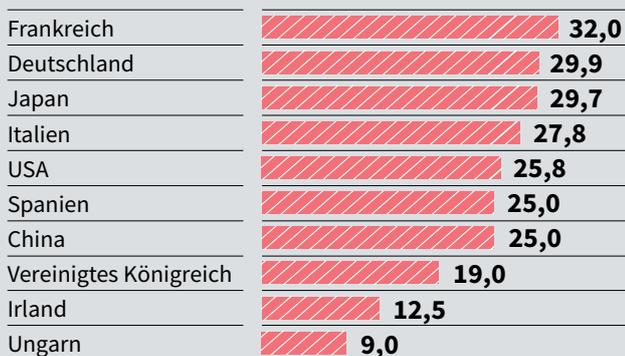
Doch ungeachtet dieser nationalen Alleingänge wünschen sich viele Länder eine internationale Regelung, schließlich agieren viele digital ausgerichtete Unternehmen weltweit. Tatsächlich arbeiten die OECD und die EU-Kommission derzeit parallel an einem Konzept zur Digitalsteuer und erhoffen sich eine Einigung bereits im Juli 2021. Die OECD will in ihrer Strategie zum einen festlegen, wo und in welchem Rahmen die einzelnen Staaten das Recht haben, Gewinne zu besteuern, die auf digitalen Geschäften basieren. Zum anderen soll eine weltweite Mindestbesteuerung eingeführt werden.

Das große Problem bei diesem Thema ist, dass sich die Digitalwirtschaft kaum eindeutig als Wirtschaftszweig abgrenzen lässt. Denn mittlerweile sind Wertschöpfungsketten zu mehr oder weniger großen Teilen digitalisiert.

Zudem wird eine globale Lösung dadurch erschwert, dass die einzelnen Staaten nicht nur eine sehr unterschiedliche Wirtschaftskraft haben, sondern auch ganz verschieden gestaltete Steuersysteme. Es bleibt abzuwarten, ob die Dringlichkeit des Problems von den Regierungen als so groß empfunden wird, dass die notwendigen Kompromisse erzielt werden können.

Unternehmensteuern: Großes Gefälle

So viel Prozent Steuern mussten Unternehmen im Jahr 2020 insgesamt auf ihre Gewinne zahlen



Länderauswahl
Steuersätze: nationale und lokale Steuern, in Deutschland z. B. einschließlich Gewerbesteuer

Quelle: OECD
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Kein Ausverkauf an China

Direktinvestitionen. Die Corona-Krise hat allen Befürchtungen zum Trotz nicht dazu geführt, dass chinesische Investoren verstärkt deutsche Firmen übernommen haben – im Gegenteil: Das Volumen war 2020 so niedrig wie seit Jahren nicht.

Als im vergangenen Frühjahr die Corona-Pandemie ausbrach, rauschten die Unternehmenswerte am deutschen Aktienmarkt zeitweise in den Keller. Und auch unabhängig von Börsennotierungen liefen Unternehmen Gefahr, durch die Corona-Krise in eine Schieflage zu geraten – und damit anfälliger für Übernahmen zu werden.

Der Bundesregierung bereiteten solche möglichen Aufkäufe Sorge. Dies galt vor allem für sogenannte kritische Bereiche wie die Produktion

von Schutzausrüstungen oder die Pharmaforschung. Vor diesem Hintergrund waren die beschlossenen Wirtschaftshilfen auch eine Maßnahme, um die Unternehmen in Deutschland besser gegen mögliche Übernahmen zu wappnen. Zugleich wurden das Außenwirtschaftsgesetz novelliert und die Außenwirtschaftsverordnung geändert, um gemäß EU-Vorgaben ausländische Übernahmen und Beteiligungen besser kontrollieren zu können.

Diese Maßnahmen dürften das Engagement ausländischer Investoren durchaus beeinflusst haben. Zumindest was die häufig kritisch betrachteten Aktivitäten chinesischer Firmen angeht, hat sich der Abwärtstrend im vergangenen Jahr fortgesetzt (Grafik):

Im Jahr 2020 haben chinesische Investoren nur 23 deutsche Firmen übernommen oder sich zu mindestens 10 Prozent an ihnen beteiligt – seit 2016 hat sich die Zahl entsprechender Transaktionen damit fast halbiert.

Noch deutlicher war der Rückgang bei den veröffentlichten Werten solcher Direktinvestitionen. Gegenüber dem Höchstwert von 2017, als das Transaktionsvolumen gut 12 Milliarden Euro betrug, war im vergangenen Jahr ein Rückgang um mehr als 90 Prozent auf lediglich 700 Millionen Euro zu verzeichnen. Allerdings werden die Werte kleinerer Übernahmen und Beteiligungen oft nicht publiziert.

Auch relativ gesehen ist die Bedeutung chinesischer Investoren in Sachen Unternehmenskäufe gesunken – der wertmäßige Anteil der Übernahmen und Beteiligungen aus China an allen entsprechenden Transaktionen durch ausländische Firmen fiel von 6,3 Prozent im Jahr 2017 auf 1,3 Prozent im Jahr 2020.

Chinesische Investitionen in Deutschland

Firmenübernahmen und -beteiligungen durch chinesische Investoren in Deutschland

	Zahl der Transaktionen	Zahl der Transaktionen, deren Wert veröffentlicht wurde	Transaktionsvolumen in Millionen Euro
2011	24	7	€ 1.056
2012	23	11	€ 2.008
2013	23	4	€ 412
2014	29	12	€ 1.353
2015	24	7	€ 663
2016	44	25	€ 11.061
2017	40	15	€ 12.113
2018	33	15	€ 8.958
2019	26	15	€ 1.303
2020	23	7	€ 707

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 16/2021

Christian Rusche: Chinesische Beteiligungen und Übernahmen 2020 in Deutschland
iwkoeln.de/chinesische_beteiligungen

Raus aus der Nische

Daten. Blockchain-Anwendungen gelten als zentrale Zukunftstechnologie. Am häufigsten werden die virtuellen Verschlüsselungsverfahren mit Kryptowährungen wie Bitcoin assoziiert – dabei ist die Technologie mehr als nur das, wie der Blick auf die Blockchain-Unternehmen in Deutschland und der EU zeigt.

Blockchain – ein Begriff, bei dem oftmals allenfalls Kenner wissen, was genau dahintersteckt. Die Technologie trat erst mit dem Erfolg von Kryptowährungen wie Bitcoin ins Licht der breiten Öffentlichkeit und gehört zu den „Distributed Ledger Technologies“, auf Deutsch: Technologien verteilter Kassenbücher. Im Gegensatz zur zentralen Verwaltung durch eine Institution haben dabei alle Teilnehmer identische Kopien der Datenbank auf ihrem Rechner.

So basieren digitale Zahlungsmittel wie Bitcoin auf einer Verschlüsselungstechnik („Kryptografie“), die den Zahlungsverkehr im virtuellen Raum absichert. Die Internetwährung besteht aber nicht aus Scheinen und Münzen, sondern aus einer Kette von verschlüsselten Datenblöcken – der Blockchain.

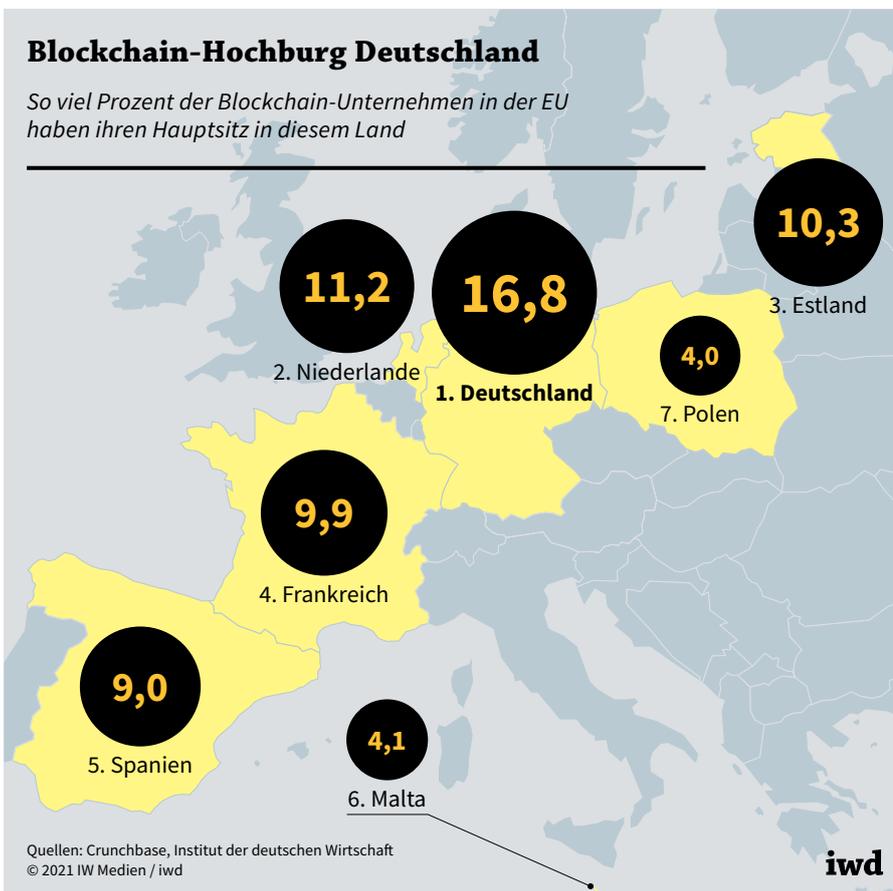
Vereinfacht gesagt funktioniert die Blockchain-Technologie wie ein von vielen Menschen genutztes digitales Kontobuch mit unendlich vielen

Seiten, das von jeder Person, für die Transaktionen vorgenommen werden, separat gespeichert wird und jederzeit eingesehen werden kann. Findet eine neue Transaktion statt, werden die entsprechenden Daten auf einer neuen Seite – einem neuen Block – registriert, gespeichert, sicher verschlüsselt und schließlich dem Buch beziehungsweise der Blockchain hinzugefügt.

Die Datenblöcke liegen dabei nicht auf einem zentralen Server, sondern sind dezentral in einem Netzwerk verteilt, wobei jeder Rechner eine identische Version des virtuellen Kontobuchs besitzt. Dies macht einen zwischengeschalteten Dienstleister – im Falle von Finanztransaktionen zum Beispiel Banken – überflüssig.

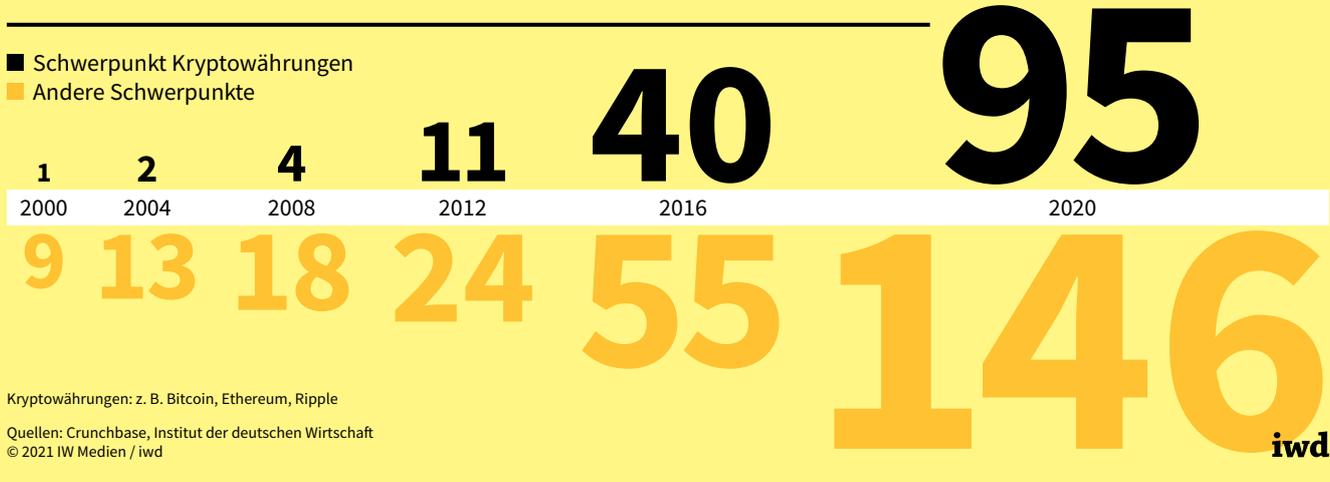
Der Einsatz von Blockchain-Technologien beschränkt sich aber nicht nur auf Kryptowährungen. Prinzipiell können entsprechende Verfahren überall dort zum Einsatz kommen, wo eine Gruppe von Personen ohne Intermediär Transaktionen abwickeln möchte.

Ein Beispiel dafür sind Smart Contracts – Verträge, die digital geschlossen werden und deren Prozesse durch die technologisch unterstützte Abwicklung optimiert sind. So kann mit einem Smart Contract beispielsweise ein übers Internet bestelltes Produkt exakt in dem Moment bezahlt werden, in dem die Ware den Kunden erreicht.



Mehr als nur Krypto

Zahl deutscher Unternehmen, deren zentrales Geschäftsmodell Blockchain-Anwendungen sind



Noch steckt die Blockchain-Technologie in den Kinderschuhen, viele Anwendungen sind bislang reine Prototypen oder Betaversionen. Zunehmend beschäftigen sich aber auch Firmen mit den Potenzialen im unternehmerischen Umfeld. Einige Konzerne unterhalten bereits Innovationsabteilungen, in denen Blockchain-Anwendungen entwickelt werden sollen. Bei manchen Unternehmen steht Blockchain sogar schon im Mittelpunkt des Geschäfts (Grafik):

In Deutschland beschäftigen sich aktuell 241 Unternehmen schwerpunktmäßig mit der Technologie.

Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Auswertung der Unternehmensdatenbank Crunchbase. Die Anzahl an Blockchain-Unternehmen in der Bundesrepublik steigt immer schneller – 2015 waren erst 71 Firmen in diesem Bereich tätig.

Zudem fällt auf: Sechs von zehn Unternehmen fokussieren sich auf Geschäftsmodelle außerhalb von Kryptowährungen. Ein Berliner Start-up ermöglicht es seinen Kunden auf Basis der Blockchain-Technologie beispielsweise, Oldtimer digital zu verwalten und deren Fahrzeughistorie fälschungssicher mit anderen Nutzern

zu teilen. Auch der kürzlich vom Bundesgesundheitsministerium in Auftrag gegebene digitale Impfpass wird von einem Unternehmen mitentwickelt, das auf Datensicherheit mithilfe von Blockchain spezialisiert ist.

Der Blick über die deutschen Grenzen hinaus bestätigt den Eindruck einer schnell wachsenden Blockchain-Unternehmensszene. EU-weit arbeiten mittlerweile rund 1.400 Firmen primär mit der Technologie – viele davon mit Sitz in Deutschland (Grafik Seite 10):

Knapp 17 Prozent der Blockchain-Unternehmen in der EU sitzen in der Bundesrepublik, mehr als in jedem anderen europäischen Land.

Da Deutschland die größte Volkswirtschaft der EU ist, mag dies naheliegen. Die weiteren Spitzenplätze zeigen jedoch, dass auch kleine Staaten wie Estland oder Malta als Standort für Blockchain-Firmen in Europa eine große Rolle spielen.

Der Grund: In diesen Ländern herrschen besonders attraktive Bedingungen für Unternehmensgründungen. So ist der Zugang zu Risikokapital einfacher als in anderen Ländern und die staatlichen Regulierungen sind unternehmensfreund-

licher. Das führt zu einer florierenden Start-up-Szene, wovon die vielen neu gegründeten Blockchain-Unternehmen – ihres Zeichens ebenfalls häufig Start-ups – profitieren möchten.

Insgesamt sind Unternehmen, die sich primär mit Blockchain beschäftigen, noch ein Nischenphänomen. Es ist aber davon auszugehen, dass derartige Geschäftsmodelle künftig an Bedeutung gewinnen – insbesondere dort, wo die Rahmenbedingungen in Form von Kapitalzugang und attraktivem Gründungsumfeld, beispielsweise günstigem Büroraum, gut sind.

Um das deutsche Blockchain-System stärker zu fördern und auszubauen, gilt es daher, diese Bedingungen weiter zu verbessern. Innerhalb Europas könnten zudem Synergien stärker genutzt werden, indem sich die Unternehmen vernetzen und gemeinsame, länderübergreifende Projekte anstoßen.

IW-Kurzbericht 8/2021
 Markus Demary, Vera Demary: A Growing Niche – German Blockchain Companies
iwkoeln.de/blockchain

IW-Kurzbericht 9/2021
 Markus Demary, Vera Demary: The European Blockchain Centers
iwkoeln.de/blockchaineu

Beschäftigte stehen im Mittelpunkt

Arbeitsschutz. Nachdem es coronabedingt im März 2020 zum ersten Lockdown in Deutschland kam, stellte sich zwangsläufig die Frage, wie sich Ansteckungen am Arbeitsplatz vermeiden lassen. Eine Befragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zeigt nun, dass die Betriebe die Corona-Schutzmaßnahmen vorbildlich umgesetzt haben.

Vor Ausbruch der Pandemie Anfang 2020 spielte der Infektionsschutz in den Unternehmen hierzulande kaum eine Rolle. Doch Covid-19 führte zu veränderten Anforderungen an den Schutz am Arbeitsplatz.

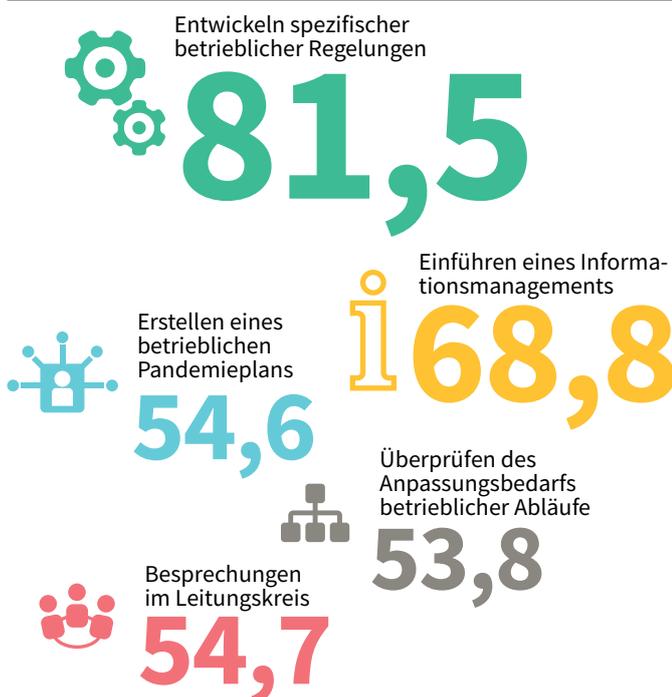
Das Bundesarbeitsministerium legte im April 2020 einen SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard fest und verlangte darin betriebliche Konzepte für zeitlich befristete Maßnahmen zum Infektionsschutz. Im August 2020 trat dann die Arbeitsschutzregel in Kraft, die den Arbeitsschutzstandard mit konkreteren Schutzmaßnahmen unterlegte. Ziel der Maßnahmen ist es, das Risiko einer Verbreitung der Virusinfektion zu reduzieren, aber gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der Betriebe so gut wie möglich aufrechtzuerhalten.

So organisieren Unternehmen den Corona-Arbeitsschutz

So viel Prozent der Unternehmen haben diese organisatorische Maßnahme als Form des betrieblichen Infektions- und Arbeitsschutzes umgesetzt

Ein BAuA-Forschungsprojekt hat nun ermittelt, wie diese Maßnahmen in der betrieblichen Praxis umgesetzt wurden. Dazu befragte das Forscherteam zwischen September und Dezember 2020 bundesweit 221 Sicherheitsfachkräfte, 95 Unternehmerinnen und Unternehmer, 167 weitere betriebliche Funktionsträger sowie 241 überbetriebliche Fachleute mit Zuständigkeit für mehrere Betriebe, darunter auch Aufsichtspersonen der Unfallversicherungsträger oder des staatlichen Arbeitsschutzes und der Gewerbeaufsicht. 147 der Befragten stammten aus der Industrie, 157 aus dem Gesundheitswesen, die übrigen aus der öffentlichen Verwaltung und dem Handwerk.

Das Forscherteam hat festgestellt, dass der Schutz der Beschäftigten in den Unternehmen eine hohe Priorität hat: In 88 Prozent der berichteten Fälle war der Corona-Arbeitsschutz Chefsache, aber auch Führungskräfte (69 Prozent), Fachkräfte für Arbeitssicherheit (66 Prozent) oder Betriebsärzte (56 Prozent) waren eingebunden. Organisatorisch stellten sich die Unternehmen folgendermaßen auf (Grafik):



Online-Befragung von 724 Arbeitsschutzexperten zwischen September und Dezember 2020

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

© 2021 IW Medien / iwd

Mehr als vier von fünf Betrieben entwickelten spezifische betriebliche Regelungen zum Infektions- und Arbeitsschutz, gut zwei Drittel führten ein besonderes Informationsmanagement ein.

Die Ausbreitung von Covid-19 zwang die Unternehmen dazu, mehr Zeit, Energie und Geld in den Arbeits- und Infektionsschutz zu investieren. Zu diesem Ergebnis kommt auch die repräsentative Studie „Betriebe in der Covid-Krise“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das im August und September 2020 insgesamt 1.556 Betriebe gefragt hat, wie sie den Arbeits- und Infektionsschutz umsetzen. Es zeigte sich, dass sogar 98 Prozent der Unternehmensleitungen direkt an der Umsetzung der Maßnahmen beteiligt sind – also 10 Prozentpunkte mehr als in der BAuA-Befragung. Das IAB sieht in dieser hohen Beteiligung der Geschäftsführung ein wichtiges Signal an die Beschäftigten.

Die Befragung zeigt außerdem, dass die Betriebe insgesamt eine Vielzahl der empfohlenen Maßnahmen eingeführt haben – vor allem solche, die Verhaltensregeln etablieren und auf Hygiene und Reinigung abzielen, kurz gesagt: Abstand, Hygiene, Masken und Lüften. Mehr als 80 Prozent der Betriebe geben konkrete Erläuterungen und Unterweisungen zu den jeweiligen Schutzmaßnahmen sowie Hinweise auf die Nies- und Hustenetikette. Zudem werden Beschäftigte angehalten, bei erkennbaren Symptomen dem Arbeitsplatz fernzubleiben. Andere Aspekte der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel werden dagegen deutlich seltener eingesetzt (Grafik):

Nur rund ein Fünftel der Betriebe hat Maßnahmen für besonders schutzbedürftige Beschäftigte und solche zur Berücksichtigung individueller psychischer Belastungen eingeführt.

Da die Arbeitsschutzmaßnahmen nicht für alle Betriebe in gleichem Maße sinnvoll sind, gibt es viele verschiedene Vorgehensweisen. Es ist also wichtig, branchen-, größen- und betriebsspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Hinsichtlich der Arbeitsschutzmaßnahmen macht es einen großen Unterschied, ob Beschäftigte

- direkten oder indirekten Kunden-/Patientenkontakt haben;
- im Team zusammenarbeiten müssen, zum Beispiel in Großraumbüros, am Fließband oder in Einzelbüros arbeiten;
- gemeinsam in einem Verkehrsmittel fahren müssen, wie Hand- und Müllwerker sowie Polizisten;
- überwiegend von zu Hause aus arbeiten können oder vor Ort präsent sein müssen.

Während das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung anmahnt, dass es künftig darauf ankommen

So setzen Unternehmen den Corona-Infektions- und Arbeitsschutz um

So viel Prozent der Betriebe haben diese Form des betrieblichen Arbeitsschutzes gegen Ansteckungen eingeführt oder umgesetzt

Maßnahmen zur verbesserten Handhygiene, z. B. zusätzliche Handwaschgelegenheiten	88
Beschäftigte mit erkennbaren Symptomen konsequent vom Arbeitsplatz fernhalten	84
Maßnahmen zur Einhaltung des Sicherheitsabstands von 1,5 Metern	83
Konkrete Erläuterungen und Unterweisungen zu den jeweiligen Schutzmaßnahmen im Betrieb	83
Hinweise auf die Nies- und Hustenetikette	81
Hinweis auf vermehrtes Lüften	75
Verbindliches Tragen von Mund-Nase-Bedeckungen	66
Verkürzte Reinigungsintervalle von gemeinsam genutzten Räumlichkeiten und Arbeitsmitteln	58
Veränderte Arbeits- und Pausenzeiten zur Verringerung der Kontakte der Beschäftigten untereinander	34
Einbau von Schutzscheiben	34
Besondere Maßnahmen für Personen einer Risikogruppe	29
Einführung oder Erweiterung von Telearbeits- oder Homeoffice-Regelungen	25
Verringerung von individuellen Belastungen, z. B. Arbeitsintensität oder Konflikte mit Kunden, bei besonders schutzbedürftigen Beschäftigten	22
Überprüfung von Lüftungs- und Klimaanlage	20

Befragung von 1.556 Betrieben zwischen August und September 2020
 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 © 2021 IW Medien / iwd



werde, Arbeitsschutz und wirtschaftliche Aktivitäten besser miteinander in Einklang zu bringen, zeigt sich die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin erfreut darüber, wie gut der Arbeits- und Infektionsschutz in den Unternehmen umgesetzt worden ist. Besonders lobt sie die betriebliche Kompetenz und die Motivation, die sogar in der frühen Pandemiephase trotz vieler Unsicherheiten für einen guten Schutz der Beschäftigten sorgten.

Die Lücke bleibt

Verteidigungsausgaben. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat Deutschland sein militärisches Budget deutlich reduziert. Auch wenn der Etat in den vergangenen Jahren wieder aufgestockt wurde, verfehlt die Bundesrepublik die Vorgabe der NATO, 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben, weiterhin deutlich.

In den vergangenen Jahren haben autoritäre Regime zahlreiche regionale Kriege geführt oder in solche Auseinandersetzungen eingegriffen – die Annexion der Krim oder die Konflikte in Syrien und Libyen sind nur einige Beispiele. Auch China zeigt nicht nur wirtschaftliche, sondern ebenso militärische Stärke, unter anderem durch Militärpräsenz in Afrika.

Dies schlägt sich auch in den Militärausgaben Pekings nieder, die sich in realer Rechnung seit 1995 mehr als verzehnfacht haben. In Russland betrug das Plus gut 150 Prozent, in den USA nahezu 50 Prozent und in der EU-28 knapp 13 Prozent.

Absolut betrachtet geben die USA mit 719 Milliarden Dollar (in Preisen von 2018) weitaus am meisten pro Jahr für ihre Streitkräfte aus.

China hat mit 266 Milliarden Dollar inzwischen fast zur EU (279 Milliarden Dollar) aufgeschlossen. Russland kam zuletzt auf 64 Milliarden Dollar.

Vor dem Hintergrund der globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen drängen die USA schon seit Längerem auf ein stärkeres Engagement ihrer europäischen NATO-Partner. Bereits 2014 wurde das gemeinsame Ziel bestätigt, mindestens 2 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigungszwecke auszugeben. Deutschland allerdings, das sein Budget in den Jahren nach der Wende real um mehr als ein Drittel gekürzt hatte, ist von diesem Ziel weit entfernt (Grafik):

Mit Verteidigungsausgaben von gut 50 Milliarden Euro verfehlt Deutschland das NATO-Ziel im vergangenen Jahr um mehr als 15 Milliarden Euro.

Die Lücke wäre ohne den coronabedingten Rückgang des BIP sogar noch größer gewesen. Und Besserung ist nicht in Sicht: Gemessen an den derzeitigen Etatplänen müssten die Verteidigungsausgaben in den Jahren 2021 bis 2024 um etwa 86 Milliarden Euro aufgestockt werden, um die NATO-Vorgaben zu erfüllen.

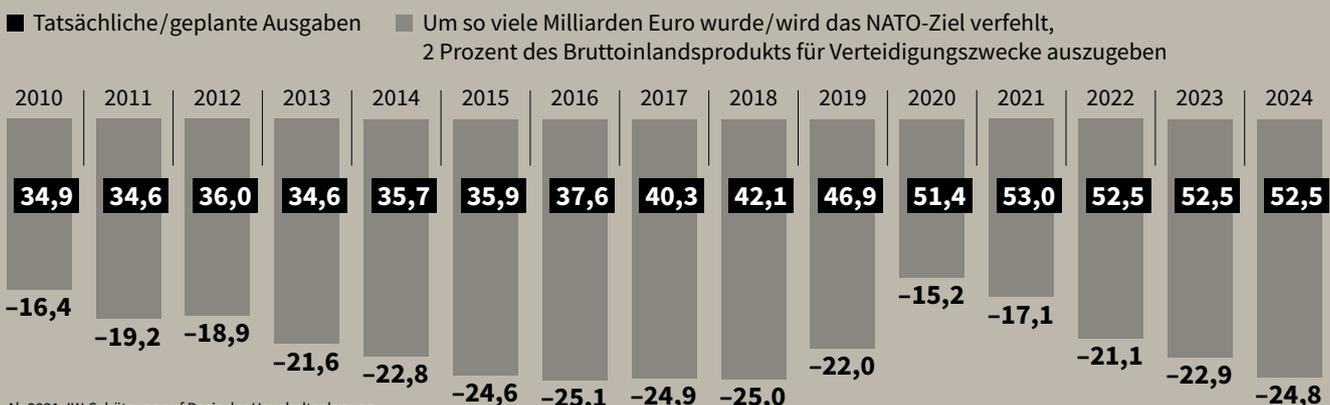
Anders gewendet: Nach gut 1,5 Prozent des BIP im vergangenen Jahr wird das deutsche Verteidigungsbudget 2024 nach heutigem Stand voraussichtlich nur noch knapp 1,4 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen.

Aus IW-Trends 1/2021

Hubertus Bardt: Verteidigungsausgaben in Deutschland
iwkoeln.de/verteidigungsausgaben

Deutsche Verteidigungsausgaben: NATO-Vorgaben deutlich verfehlt

Angaben gemäß NATO-Abgrenzung in Milliarden Euro



Ab 2021: IW-Schätzung auf Basis der Haushaltsplanung

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Infektionsherd Arbeitsplatz?

Krankmeldungen. In der Debatte um Lockerungen wird oft auf die Infektionsgefahren auf der Arbeit hingewiesen. Zwar liegt die Inzidenzrate der Erwerbstätigen tatsächlich leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Die Zahl der Krankmeldungen ist jedoch im Jahr 2020 stabil geblieben.

Obwohl die Corona-Pandemie das vergangene Jahr fest im Griff hatte, sind die monatlichen Krankmeldungen 2020 in etwa auf dem Niveau der Vorjahre geblieben. Zwar gab es im März einen deutlichen Anstieg, innerhalb von zwei Monaten sanken die Zahlen aber wieder (Grafik):

Sogar in den Herbst- und Wintermonaten 2020 war der Krankenstand der bei den Betriebskrankenkassen Versicherten nicht höher als 2019.

Der sprunghafte Anstieg im März, als sich im Durchschnitt 6,7 Prozent der Beschäftigten pro Tag krankgemeldet haben, lässt sich vor allem damit erklären, dass sich Arbeitnehmer beim Verdacht auf eine Atemwegserkrankung telefonisch krankschreiben lassen konnten. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch kaum Testmöglichkeiten, sodass die Krankschreibung den bestmöglichen Infektionsschutz bot.

Die tieferen Werte ab Mai lassen wiederum vermuten, dass Lockdown sowie Abstands- und Hygieneregeln das Infektionsgeschehen positiv beeinflusst haben. Damit kann zumindest die Frage gestellt werden, ob neben der Inzidenzrate nicht auch andere Aspekte in die Entscheidungsfindung für Lockerungen einfließen sollten.

Zwar liegt die Inzidenzrate bei den Erwerbstätigen zwischen 15 und 60 Jahren derzeit leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Allerdings zeigen diese Zahlen nicht, ob sich die Betroffenen auf der Arbeit, dem Arbeitsweg oder im privaten Umfeld infiziert haben.

Die niedrigen Krankmeldungen ab Mai 2020 könnten schließlich auch das Ergebnis der Vorkehrungen der Arbeitgeber sein, die zur Eindämmung des Infektionsgeschehens beigetragen haben.

Anderenfalls müsste sich ein erhöhtes Infektionsrisiko der Arbeitnehmer auch im Krankenstand niederschlagen.

Natürlich können auch die Homeoffice-Regeln den niedrigen Krankenstand erklären. Doch nur ein Teil der Belegschaften kann davon profitieren. In der Industrie dürften viele Tätigkeiten Präsenz erfordern. Dort zeigen sich aber keine atypischen Entwicklungen. Nur das Baugewerbe weist einen leicht erhöhten Krankenstand aus. Wenig überraschend ist dagegen, dass im Gesundheits- und Sozialwesen relativ viele Beschäftigte krankgemeldet sind, da sie oft im Brennpunkt des Geschehens stehen.

Ein stärkerer Fokus auf den Schutz der Hochbetagten und die Beschleunigung der Impfungen sollten weitere Lockerungen ermöglichen. Denn vor allem Handel, Verkehr und Gastgewerbe sind wirtschaftlich stark angeschlagen. Auch die Industrie und Unternehmensdienste hinken dem Vorkrisenniveau noch immer deutlich hinterher.

Krankmeldungen: Trotz Corona konstant

Krankgemeldete in Prozent aller beschäftigten Mitglieder der Betriebskrankenkassen

	2019	2020
Januar	4,9	4,9
Februar	5,8	5,6
März ❄️	5,3	6,7
April	4,5	4,6
Mai	4,4	3,8
Juni	4,0	3,8
Juli	4,2	3,8
August	4,0	3,8
September	4,4	4,3
Oktober	4,8	4,7
November	5,1	5,0
Dezember	4,5	4,4

Auswertung einer Stichprobe; krankgemeldete Mitglieder: arbeitsfähig mit ärztlichem Attest
Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 15/2021

Jochen Pimpertz: Krankenstand unter Corona – eine Interpretation
iwkoeln.de/krankenstand-corona



Impressum
Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - Telefon: 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Max-Weber-Preis für Wirtschaftsethik

„Nötig ist eine ökologische Soziale Marktwirtschaft, in der Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt sind, eine klimaneutrale Wirtschaft. Denn der Kapitalismus, der ein permanentes Verlangen nach mehr schafft, produziert ökologische Kosten, die anfangen, uns zu überfordern“, sagte Grünen-Parteichef Robert Habeck in seiner Laudatio anlässlich der Max-Weber-Preisverleihung Anfang März.

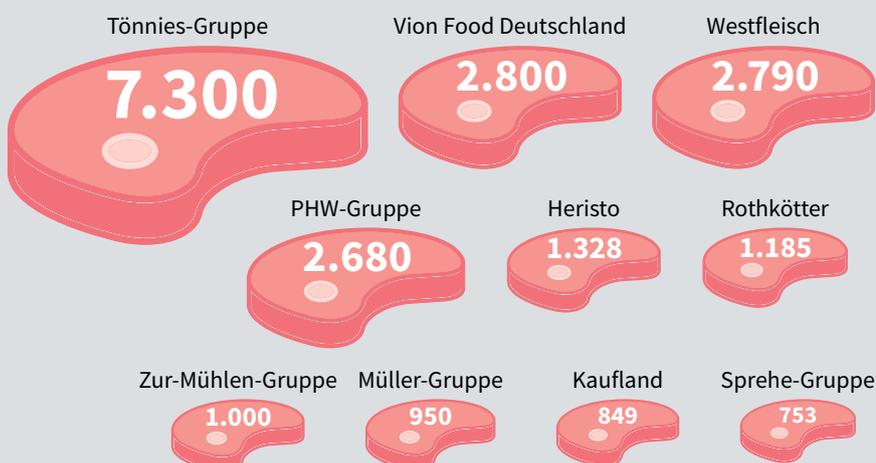
Der vom Institut der deutschen Wirtschaft bereits zum 14. Mal verliehene Preis ging in diesem Jahr an Carlotta Tautz, die an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg studiert. Ihre Bachelorarbeit widmet sich dem Gender Pay Gap aus wirtschaftsethischer Perspektive. Florian Niehaus überzeugte die Jury mit seiner Masterarbeit zum Thema Künstliche Intelligenz. Den Master-Förderpreis erhielt Quirin Kissmehl für seine Arbeit zur Unternehmensintegrität: Er beschäftigte sich mit Messinstrumenten für integriertes Wirtschaften in Unternehmen. Und Verhaltensökonomin Ann-Kathrin Crede wurde für ihre Dissertation zum Thema Moral und Ehrlichkeit ausgezeichnet.

Top-Liste: Fleisch & Fleischersatz

Gut 21,6 Milliarden Euro setzten die zehn größten Unternehmen der deutschen Fleischwirtschaft im Jahr 2019 um – das war rund 1 Milliarde Euro mehr als 2018. Das Umsatzplus hat die Branche in erster Linie dem boomenden Export nach China zu verdanken, der vor allem den Schweineschlachtern Zuwächse bescherte. In Deutschland dagegen setzt die Fleischindustrie auch auf Alternativen zu tierischen Produkten: Die Tönnies-Gruppe beispielsweise – mit 7,3 Milliarden Euro Umsatz Marktführer in der deutschen Fleischwirtschaft – produziert seit vergangenem Jahr in einem eigenständigen Werk vegetarische und vegane Fleischersatzprodukte. Allerdings tragen vegetarische Mortadella und veganer Aufschnitt bislang nur im niedrigen einstelligen Prozentbereich zum Konzernumsatz bei.

Fleischbranche in Deutschland

So viele Millionen Euro setzten Deutschlands größte Unternehmen der Fleischwirtschaft im Jahr 2019 um



Kaufland: geschätzt

Quelle: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
© 2021 IW Medien / iwd

iwd